

Haushaltsrede von Stadträtin Mirow, Die Linke/Piraten, im Gemeinderat am 05.03.2015

„Haushalt 2015/2016 – Stellungnahmen zum Haushaltsentwurf und Einbringung der Änderungsanträge“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

der Haushaltsentwurf 2015/2016 der Verwaltung enthält vieles, das wir unterstützen und einiges, das wir vermissen. Als gut situierte Stadt leistet Heidelberg bereits einiges an sozialen Dienstleistungen, das andere Kommunen sich schlichtweg nicht leisten können.

Angesichts des Dilemmas der Kommunen, die immer mehr Aufgaben vom Bund und Land übertragen bekommen, ohne dass dafür ein entsprechender Finanzausgleich geschaffen wird, ist das sicher eine Leistung. So ist das Angebot der Kinderbetreuung in Heidelberg erstklassig und liegt bei der Versorgungsquote mit an der Spitze der westdeutschen Kommunen. Auch die Schulsanierungen und der öffentliche Nahverkehr sind Bereiche, in denen Heidelberg durchaus glänzen kann.

Zudem gibt es hier eine Reihe von Vereinen, sozialer und kultureller Art, die durch eine städtische Förderung der Heidelberger Bevölkerung ein gutes Angebot unterbreiten können. Da dieses häufig auch noch weit im Umland wahrgenommen wird, ist deswegen durchaus die Frage berechtigt, inwieweit sich der Kreis bei einigen dieser Einrichtungen nicht auch an der Finanzierung beteiligen sollte.

Um diese Arbeit auch weiterhin auf diesem qualitativen Level erhalten zu können, sehen wir als Fraktionsgemeinschaft Die Linke/Piraten punktuellen Änderungsbedarf in der Verwaltungsvorlage: Unter anderem sehen wir größeren Personalbedarf beim BiBez, damit das Beratungsangebot auch bei Ausfällen aufrechterhalten werden kann. Beim Interkulturellen Zentrum ist eine halbe Stelle für Veranstaltungstechnik dringend notwendig, zumal die Abdeckung dieses Bereiches durch den Kulturscout in Personalunion aus fachlicher Perspektive heraus unwahrscheinlich erscheint. Auch bei der Volkshochschule besteht weiterer Finanzierungsbedarf, um die Personalkosten abzudecken. Für den Verein Emmaus haben wir den Antrag gestellt, die Nebenkosten zu übernehmen und die „Koch-AG“ finanziell zu unterstützen. Dieser Verein leistet wertvolle Arbeit auf dem Gebiet der Eingliederung von Langzeiterwerblosen in normale Beschäftigungsverhältnisse und bietet sozial Benachteiligten eine Anlaufstelle.

Gerade weil Heidelberg eine gut situierte Stadt ist, wollen wir dem auch für die weniger gut betuchten Heidelbergerinnen und Heidelberger Rechnung tragen. Denn die Agenda 2010-Gesetzgebung hat eine Umverteilung eingeleitet, die ohnegleichen ist. Das merken wir auch in einer reichen Stadt wie Heidelberg. Immer mehr obliegt es den Kommunen, das zunehmend steigende Armutsrisiko aufzufangen, häufig ohne Unterstützung vom Land oder Bund.

Ohne eine sozial gerechte Steuerreform auf Bundesebene wird sich daran wohl auch nichts ändern.

Eine Stadt wie Heidelberg kann sicher mehr gegen Armut tun, als andere Städte dies vermögen. Deswegen haben wir einen Antrag für höhere Mietzuschüsse für Hartz IV-Empfänger eingebracht. Da zur Berechnung nur die Mietspiegel-Werte der Gebäudeklassen der Baujahre 1970-79 berücksichtigt werden, sind die als „angemessen“ geltenden Höchstgrenzen bei den Kosten der Unterkunft von vornerein zu niedrig angesetzt.

Für Heidelberg-Pass+ Inhaberinnen und -Inhaber sollte es außerdem eine vollständige Entgeltbefreiung für den Kindergartenbesuch geben, schließlich geht es hier um frühkindliche Bildung. Diese darf nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängen. In Künzelsau ist der KiTa-Besuch zum Beispiel seit September 2007 kostenfrei, da Gemeinderat und Stadtverwaltung in Künzelsau dies als Teil ihres Versorgungsauftrages begreifen. Auch Heilbronn, als erste deutsche Großstadt, hat den Besuch einer KiTa seit dem 01.01.2008 – wohlgermerkt für alle Bürgerinnen und Bürger – entgeltfrei gestaltet. Daran könnte sich Heidelberg durchaus ein Beispiel nehmen.

Auch zum Sozialticket haben wir einen Antrag gestellt. Die Einführung war ein wichtiger Schritt. Nun gilt es, das Sozialticket auch erschwingbar zu machen und an den Hartz IV-Regelsatz preislich anzupassen.

Zum Thema Datenschutz: Insbesondere nach den Enthüllungen von Edward Snowden ist das Sicherheitsbedürfnis vieler Bürgerinnen und Bürger im Internet gewachsen. Eine Möglichkeit, auf elektronischem Wege mit der Verwaltung sicher zu kommunizieren, ist überfällig. Die gesetzlich vorgeschriebene DE-Mail-Lösung halten wir dabei wegen der nicht durchgängigen Verschlüsselung für unzureichend. Deswegen beantragen wir die Einführung von Mailverschlüsselung mittels des offenen Standards GnuPG in der Verwaltung.

Des Weiteren haben wir zwei haushaltswirksame Prüfaufträge eingestellt, zum einen für die Jugendhalle, zum anderen für das lang versprochene Autonome Zentrum. Den damaligen Betreibern des Autonomen Zentrums wurden bei Auszug andere Räumlichkeiten versprochen. Der Schlierbacher Bahnhof und die Container-Lösung waren da als Angebot aber unzureichend und gingen an den Erfordernissen einer solchen Einrichtung vorbei. Das Versprechen auf ein neues AZ ist inzwischen über 15 Jahre alt und sollte endlich eingelöst werden.

Im Bereich der Bauplanung sehen wir Bedarf, den Umbau der Haltestellen in der Dossenheimer Landstraße planerisch zu begleiten. In der Leimer Straße fehlt im Bereich zwischen Gasthaus Linde und der Burnhofstraße ein angemessener Gehweg und die Fußwegunterbrechung unterhalb des Iduna-Centers am Boxbergring gehört endlich beseitigt.

Und zum Schluss möchte ich sagen, dass der Entwurf auch einen eklatanten Nachteil aufweist. Denn er führt uns zu einem Schuldenstand Ende 2016 von annähernd 200 Mio. EUR.

Rechnen wir da noch sinnigerweise die kreditähnlichen Geschäfte und die Schulden der Stadtbetriebe mit rein, so kommen wir zu einem Schuldenstand von fast 390 Mio. EUR. Bei diesem Tempo übergeben wir dem nächsten Gemeinderat 2019 eine Stadt mit leeren Kassen und werden uns – zu Recht – fragen lassen müssen, wie wir es eigentlich geschafft haben, eine so gut situierte Stadt wie Heidelberg dermaßen in die Verschuldung zu treiben. Auch wir haben einige Änderungsanträge gestellt, die kaum aus der Portokasse finanzierbar sind. Noch weniger, als dass neben dem enormen Schuldenanstieg ja auch die Handkasse sukzessive geleert werden soll. Der jetzige Kassenstand von ca. 22 Mio. EUR soll bis auf eine kleine Restreserve fast vollständig aufgebraucht werden.

Aus diesem Grund haben wir zwei Anträge eingebracht. Zum einen plädieren wir für die Erhöhung des globalen Minderaufwandes auf den maximal möglichen Betrag. Nach §24 der Gemeindehaushaltsverordnung kann im Ergebnishaushalt eine pauschale Kürzung von 1 % der ordentlichen Aufwendungen veranschlagt werden. Für Heidelberg würde das 5 Mio. EUR im Jahr bedeuten, von denen der Haushaltsentwurf bereits 2 Mio. EUR vorsieht. Bei maximaler Erhöhung könnten noch um die 3 Mio. EUR geringere Aufwände im Ergebnishaushalt erreicht werden.

Schließlich bleiben einer Stadt, die sich mehr vornimmt, als sie finanzieren kann, nur beschränkte Möglichkeiten: Sie kann die Ausgabenseite reduzieren, die Einnahmeseite erhöhen, oder in die Verschuldung gehen. Die Verwaltung wählte vornehmlich letzteres. Sicher stimmt es, dass die Zinsen derzeit einen Rekordniedrigstand haben. Doch auch bei derart niedrigen Zinsen muss der Betrag ja dennoch zurückgezahlt werden, wenn auch bei geringerer Zinslast.

Aus diesem Grund wollen wir auch über die Einnahmeseite sprechen. In der Situation, in der sich Heidelberg gerade befindet, also in einer guten konjunkturellen Lage mit großen einmaligen Ausgaben, wie z.B. für das Mobilitätsnetz und die Konversion, sollte eine Diskussion über eine potentielle Erhöhung der Gewerbesteuer recht naheliegend sein. Für gewöhnlich werden in guten Zeiten Überschüsse erzielt, z.B. auch durch die Erhöhung der Gewerbesteuer, um in schlechten Zeiten die Unternehmen wieder entlasten zu können. Nicht nur in Heidelberg, sondern bundesweit erleben wir aber gerade, dass auch in guten Zeiten Schulden gemacht werden, anstatt diese abzubauen. Das kann so auf Dauer nicht funktionieren.

Wir haben den – äußerst ambitionierten – Antrag auf Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer um 50 Punkte gestellt. Das ist zugegebenermaßen recht viel. Allerdings hegen wir die Hoffnung, darüber in eine ergebnisoffene Diskussion hinsichtlich der Einnahmeseite einsteigen zu können.

Ergebnisoffene Diskussionen sind in einer gelebten Demokratie ein wichtiger Pfeiler. Wir würden es begrüßen, unter diesem Hintergrund in zwei Jahren auch über die Möglichkeiten eines Bürgerhaushaltes zu diskutieren.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen produktive und weitestgehend harmonische Antragsberatungen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.